

**Brauchen wir mehr oder weniger Europa?**  
**Friedensratschlag 2013, 7./8. Dezember 2013**

Impulsreferat in der AG » Brauchen wir mehr oder weniger Europa?«

Leo Mayer

Vor ein paar Wochen – am 1. November – war es zwanzig Jahre her, dass der **Maastricht-Vertrag** in Kraft getreten ist. Mit diesem Vertrag war das Europa des grenzenlosen Wettbewerbs, der Deregulierung und Privatisierung europarechtlich abgesichert worden.

Alle Warnungen von linken Intellektuellen, linken Parteien und Instituten, dass die neoliberale Logik der Integration den Ländern Europas eine Wirtschaftspolitik aufdrängt, die weder eine soziale noch eine ökologische Dimension hat, dass die Konstruktion der Währungsunion zur Deregulierung der Arbeitsbeziehungen und zur Schaffung eines breiten Niedriglohnsektors nach dem Beispiel der USA führen werde, dass Europa mit dieser Konstruktion weiter auseinander driften wird und durch den gnadenlosen Wettbewerb der Standorte Desintegrationswirkungen ausgelöst werden, die zu einer Spaltung der EU und damit Europas führen könnten, haben sich bewahrheitet.

Es handelt sich dabei nicht, wie manche meinen, um einen »Konstruktionsfehler«, sondern um ein neoliberales Projekt, das Europa in den globalen Kapitalismus eingliedert und sich die Zerschlagung des »Sozialstaates« zum Ziel gesetzt hatte.

Mit dem Lissabon-Vertrag, dem EuroPlus-Pakt, Six-Pack, Fiskalpakt, dem geplanten Pakt für Wettbewerbsfähigkeit, .. wurde und wird diese neoliberale Konstruktion der Europäischen Union immer weiter gefestigt und radikalisiert. Troika, Sparpakete, Technokratenregierungen, .. sind die Folge.

Das ist nicht das Europa, von dem wir »mehr« brauchen!

Mit dem **Lissabon-Vertrag** (13. Dezember 2007) wurden

- die Militarisierung der Union (Verpflichtung zur Aufrüstung),
- die Verknüpfung der EU mit der NATO,
- die Möglichkeit von weltweiten Kampfeinsätzen sowie
- grenzüberschreitende Polizei- und Militäreinsätze im Inneren

vertraglich fixiert.

Unter dem Titel "Welche Bestrebungen hat die Europäische Verteidigung in 2020" hat das Institut für Sicherheitsstudien der Europäischen Union im Juni 2009 eine Studie veröffentlicht: »**What ambitions for European defence in 2020**«

Die europäische militärische Kooperation müsse "*Muskeln*" erhalten, heißt es da, um eine "*grand strategy*" als "*global player*" entwickeln zu können. Ein Krieg zwischen den Großmächten sei unwahrscheinlich, weil keine etwas gewinnen könne.

*„Die politischen Ursachen für gewaltsame Konflikte haben sich von Konflikten innerhalb den Angehörigen der Elite-Gemeinschaft zu Spannungen zwischen ungleichen globalen, sozial-ökonomischen Klassen verschoben.“ (S.57)*

*Die Welt der Zukunft wird von neuen Kriegen überflutet: asymmetrische Kriegsführung und regionale Konflikte verschiedener Art - Aufstände, Bürgerkriege, Banditentum, Piraterie, Kriminalität und Terrorismus. Die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik wird durch die Antwort auf diese Art von Konflikten getrieben.“ (S.40)*

Zu den großen sicherheits- und militärpolitischen Herausforderungen zähle die "*Abschirmung der globalen Reichen von den Spannungen und Problemen der Armen*" (S.67); z.B. durch den Aufbau von Barrieren gegen Migration und Schmuggel." (S.57)

Aufgezählt werden der Rio Grande und das Mittelmeer)

Mit **Frontex** – eingerichtet im Jahr 2004 – wird die Europäische Union zur Festung und das Mittelmeer zum Massengrab gemacht.

Bei ihrem Treffen am 19. November 2013 haben die EU-Verteidigungsminister im Lenkungsausschuss der »Europäischen Verteidigungs- Agentur« (EVA) den Startschuss für die Entwicklung einer EU-eigenen Flugdrohne gegeben.

Am 19./20. Dezember 2013 sollen beim EU-Gipfel die Weichen für eine noch stärkere Militarisierung der EU gestellt werden – angefangen von einem Ausbau der Rüstungsindustrie bis hin zu einer Ausweitung der Optionen für Militär- und Polizeieinsätze.

All das ist ein Europa, von dem wir nicht »mehr« brauchen!

Aber ist die nationale Politik besser?

Könnte beim bevorstehenden EU-Gipfel die deutsche Regierung nicht NEIN sagen zur Rüstungsagenda und zum Wettbewerbspakt – wie sie es ja auch bei den Abgasnormen für Autos gemacht hat?

Sie wird es nicht tun. Im Gegenteil. Mit dem Koalitionsvertrag hat sie bereits die Richtung abgesteckt: *„Die Bundeswehr wird auch in Zukunft in Auslandseinsätzen gefordert. Das setzt ein breites militärisches Fähigkeitsspektrum voraus. .. Deutschland hat ein elementares Interesse an einer innovativen, leistungs- und wettbewerbsfähigen nationalen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie. ..*

*Vor einer Entscheidung über die Beschaffung qualitativ neuer Waffensysteme werden wir alle damit im Zusammenhang stehenden völker- und verfassungsrechtlichen, sicherheitspolitischen und ethischen Fragen sorgfältig prüfen. Dies gilt insbesondere für neue Generationen von unbemannten Luftfahrzeugen, die über Aufklärung hinaus auch weitergehende Kampffähigkeiten haben“*

Sie wird genau so wenig NEIN sagen, wie die portugiesische, spanische, griechische, irische, zyprische, ... Regierung nicht NEIN zur vertraglichen Festlegung der Austeritätspolitik gesagt haben. Zwar murren hin und wieder einige Regierungen und Medien in den europäischen Nachbarländern über die Rolle der deutschen Regierung. Aber Widerstand gibt es von denen nicht, wenn Merkel und Schäuble die deutsche Sparpolitik auf die gesamte Euro-Zone ausdehnen.

Denn die deutsche Regierung vertritt, wenn sie als der Zuchtmeister Europas auftritt, nicht nur die Interessen des »deutschen« Kapitals, sondern auch das Klasseninteresse des in Deutschland und den anderen europäischen Ländern eingelagerten transnationalen Kapitals. Da in allen EU-Mitgliedsländern die mit dieser Kapitalfraktion verbundenen medialen und politischen Kräfte die Führung innerhalb der herrschenden Blöcke errungen haben, nehmen die an diesem Prozess beteiligten Klassenfraktionen nicht »von außen« Einfluss auf die Nationalstaaten, sondern die Europäisierung wird »aus dem Inneren« der beteiligten Nationalstaaten vorangetrieben, und die Konflikte und Auseinandersetzungen werden deshalb auch innerhalb der jeweiligen nationalen Machtblöcke ausgetragen und nicht zwischen den formal »souveränen« Mitgliedsstaaten der EU.

Seit Beginn der Krise werden mit einer nie dagewesenen Geschwindigkeit Kompetenzen an den Europäischen Rat und an die EU-Kommission zur Kontrolle der nationalen Staatshaushalte, der Tarif- und Sozialpolitik übertragen. Parlamentarische, demokratische und Arbeiterrechte werden europaweit koordiniert abgebaut.

So müssen seit 15. Oktober 2013 alle Eurozonenländer Übersichten über ihre Haushaltsplanung für das darauffolgende Jahr an die EU-Kommission übermitteln, die dann bei Verstößen gegen die Vorgaben des Stabilitäts- und Wachstumspaktes Korrekturen verlangen kann. Die Europäische Zentralbank EZB wurde »Europas heimliche Regierung« und zwar »die einzige mit Geld« (SZ, 5.9.2012).

Gemeinsam mit der EU-Kommission und dem Internationalen Währungsfond IWF – der sogenannten Troika - und in Abstimmung mit den großen Privatbanken kontrolliert sie die Politik der Schuldenländer, ersetzt strauchelnde Regierungen durch »Expertenregierung« mit Spitzenpersonal der EZB bzw. direkt von Goldman-Sachs, ohne dass es zu Wahlen gekommen wäre. Beispielfhaft verpflichteten sich in Portugal, Spanien und Griechenland die konservativen und sozialdemokratischen Parteien bei der Troika bereits vor der Wahl, im Falle eines Wahlsieges die vereinbarte Austeritätspolitik fortzuführen.

Die vorherrschende Form sind nicht mehr europäische Verträge, sondern bilaterale Verträge, die zwischen einzelnen Mitgliedsländern und der EU-Kommission abgeschlossen werden. Verträge, zu denen jede nationale Regierung, jedes nationale Parlament NEIN sagen könnte – und müsste. Denn auf diese Weise

werden der EU-Kommission umfassende, demokratisch unkontrollierte Entscheidungsbefugnisse gegenüber den Mitgliedsländern übertragen, ohne dass die ohnehin gering ausgebildeten demokratischen und rechtlichen Sicherungsgarantien des Europarechts berücksichtigt werden müssen.

Ebenso werden nationale demokratische Rechte unterlaufen; z.B. haben in einer Reihe von EU-Mitgliedsländern die nationalen Parlamente nur für Vorhaben im Rahmen der Europäischen Union ein umfassendes Informationsrecht oder es sind bei europäischen Verträgen zwingend Referenden vorgeschrieben.

So wird die Legislative mit europäischem und nationalen Parlamenten abgewertet, während die Executive aufgewertet wird, mit der Generaldirektion Wirtschaft und Finanzen der EU-Kommission und den im ECOFIN-Rat vertretenen nationalen Finanzministerien gerade jene Staatsapparate, die besonders neoliberal zusammengesetzt sind.

Dieses Verfahren zielt darauf ab, sowohl die staatlichen Institutionen noch fester gegen demokratischen Druck abzuschirmen wie auch die neoliberale Integrationsweise durch politische und rechtliche Mechanismen so abzusichern, dass sie nur noch schwer veränderbar oder rückgängig zu machen ist; z.B. hat der Fiskalpakt keine Kündigungsklausel.

Es sind die »Erfolge« dieser Politik, dass mit der wachsenden Integration Europas die Kluft in Europa und die Ablehnung Europas immer größer wird. Die wachsende Ablehnung der EU basiert auf der Erfahrung von Arbeitslosigkeit, Prekarisierung, zunehmender sozialer Ungleichheit, politischer Ohnmacht und der Erkenntnis, dass diese Einheit nicht mehr das Geringste mit dem zu tun hat, was den Menschen mit Europa versprochen worden war. Mit der Austeritäts- und Wettbewerbspolitik ist das europäische Projekt auf seinen nackten Kern - auf die Interessen und die Macht der Banken und der transnationalen Konzerne zurückgeführt.

Insbesondere seit dem Beginn der Austeritätspolitik ist das Vertrauen der Menschen in die Gemeinschaft massiv eingebrochen. Der Gedanke eines »solidarischen Europa« löst sich auf. Europafeindliche Parteien der extremen Rechten befinden sich nahezu überall im Aufwind und beeinflussen die Politik konservativer und sozialdemokratischer Parteien.

In dieser Situation wird jetzt auch der Vorschlag von links gemacht, „einen Schritt zurückzutreten“, über die Möglichkeit eines „geregelten Ausstiegs einzelner Länder aus der Währungsunion nachzudenken“ „Wenn es so weitergeht und angesichts des irrsinnigen wirtschaftspolitischen Programms muss es so weitergehen, riskieren wir die Demokratie und den Frieden in Europa. Das genau ist die Währungsunion nicht wert.“ (Heiner Flassbeck).

Ich kann aus Zeitgründen jetzt nicht auf die wirtschaftlichen Konsequenzen eingehen und verweise deshalb auf den neuesten isw-Report Nr. 95, »Die Krise und die Spaltung Europas – Europa am Scheideweg«.

Nur ein Argument: Wenn Griechenland aus dem Euro aussteigt und die neue nationale Währung abwertet, um wettbewerbsfähiger zu werden, was machen dann die Spanier und die Portugiesen? Sie müssen ebenfalls abwerten, entweder indem sie ebenfalls aus dem Euro aussteigen oder indem sie eine »interne Abwertung« durch die Senkung der Löhne vornehmen. Wer hätte dann etwas davon? Das Problem ist nicht der Euro. Das Problem ist eine Konstruktion der EU, die den »Wettbewerb« zum obersten Ziel macht, die auf dem Wettbewerb der Standorte beruht. Das Problem ist die Austeritätspolitik – und die kann man in Euro machen, aber auch in der Drachme und der Mark.

Deshalb kann es nur darum gehen, zusammen mit der Bevölkerung der anderen europäischen Länder die neoliberale Doktrin der Sparpolitik zu kippen, was auch den Umbau der heutigen Architektur der Euro-Zone bedeutet.

Diese Debatte von links zu führen ist vor allem deshalb politisch falsch, weil es der antieuropäischen Stimmung Auftrieb gibt, nur »Stimmungen« verstärkt und instrumentalisiert und nicht zu einer progressiven Alternative beiträgt - und somit letztendlich der Rechten zugute kommt. Die Aufgabe linker Kräfte kann nicht die Verstärkung populistischer Stimmungen sein, sondern muss ein positiver Zukunftsentwurf sein.

### **Die Frage ist nicht »Mehr oder weniger Europa?«, sondern »Welches Europa?«**

Dabei ist für mich eines klar: Ein »alternatives Europa« - solidarisch, sozial, demokratisch, friedlich, ökologisch, feministisch – kann nicht auf der Grundlage der bestehenden Verträge erreicht werden. Ein

»alternatives Europa« setzt den Bruch mit diesen Verträgen voraus. Nur mit einer »Neugründung«, einem »Neustart« Europas, kann eine andere Entwicklungsrichtung eingeschlagen werden. Denn mit diesen Verträgen ist die neoliberale Ausrichtung festgeschrieben. Diese Verträge schreiben ein mehrfach abgestuftes System institutioneller Macht von der Kommune bis zu EU, IWF und den Finanzmärkten fest und schirmen den Machtzirkel gegen Druck von Unten ab. Deshalb ist es bisher auch nicht gelungen - mit noch so vielen Demonstrationen, noch so vielen Streiks und Generalstreiks - die Herrschenden zu einer Kurskorrektur zu bewegen. Die Regierungen stützen sich gegenseitig und sichern die Macht transnational ab. Der in den Mitgliedsländern herrschende Block ist transnational organisiert. Deshalb müssen auch die progressiven, oppositionellen Kräfte ihre nationale Beschränktheit überwinden.

Und so ist auch das Argument, dass der Kampf auf nationaler Ebene geführt werden müsse, weil es nur auf nationaler Ebene starke Gewerkschaften und handlungsfähige linke Parteien gibt, weil nur hier Medien existieren, die eine öffentliche Auseinandersetzung über den Kurs eines Landes überhaupt erst möglich machen, kein tragfähiges Argument.

Denn eines wird doch immer deutlicher: Europäische Probleme erfordern europäische Lösungen.

Es ist höchste Zeit, gemeinsame alternative Projekte und Strategien zu ihrer Umsetzung zu entwickeln, um geeint zu gewinnen, statt getrennt unterzugehen.

*„Wir sollten also begreifen, dass das Problem ein europäisches ist, und dass seine grundlegenden Dimensionen längst benannt wurden:*

- *das gemeinsame Angehen der öffentlichen Verschuldung,*
- *die Krise des Bankensystems,*
- *die ökonomische und ökologische Entwicklung und*
- *natürlich das gigantische Problem der Arbeitslosigkeit.*

*Die Länder des (europäischen) Südens können bei diesen Themen einen Konsens finden, wobei sie sich immer auch an die Arbeiter des Nordens wenden müssen. Damit formulieren sie zugleich den Anspruch auf substantielle Demokratie, soziale Gerechtigkeit und wirtschaftliches Wachstum auf der Basis der gesellschaftlichen Bedürfnisse. Der erste Schritt zur Umsetzung dieser Agenda ist die Aufkündigung der Politik der oktroyierten Sparprogramme, die den europäischen Süden »verbrennen«. Dieses Feuer ist heute schon in Frankreich angekommen und wird morgen auch Deutschland selbst erfassen“, sagt Alexis Tsipras.*

Und ich denke, dass auch im Rahmen eines kapitalistischen Europas demokratische, soziale, ökologische oder andere gesellschaftspolitische Reformforderungen durchgesetzt werden könnten, wenn sich dafür die erforderlichen Kräfteverhältnisse herausbilden.

Die Durchsetzung solcher Forderungen und Reformen – z.B. EU-weiter gesetzlicher Mindestlohn, Schluss mit der Privatisierung öffentlichen Eigentums, öffentliche Kontrolle des Finanzsektors, Rückzug aller Truppen aus EU-Auslandseinsätzen und die Auflösung der EU-Militärstrukturen - könnte im Unterschied zur heutigen EU sehr wohl zu einem stärker sozial und ökologisch ausgerichteten, friedensorientierten »anderen Europa« führen, auch wenn die Fundamente des kapitalistischen Systems damit noch nicht überwunden sind. Nach allen Erfahrungen werden sich aber doch erst in Kämpfen um solche Forderungen für soziale und demokratische Fortschritte die Bewegungen und Kräfte herausbilden, die dann auch für weitergehende Ziele wirksam werden können.

Auf der Ebene der Programme bestehen konkrete und realisierbare Vorschläge. Da sind die zahlreichen Bewegungen und Organisationen, die um Grundrechte kämpfen, die von EU-Kommission und den Regierungen der Mitgliedsländer immer mehr ausgehöhlt werden: Würde, Arbeit, Einkommen, Dach über dem Kopf, Gesundheit, Bildung, ein sicheres Alter, Aufnahme von Flüchtlingen, Achtung vor dem Leben Aller. In diesen Forderungen steckt die Keimform eines gemeinsamen Programms.

Da sind die Vorschläge von Wirtschaftswissenschaftlern, wie z.B. das EuroMemorandum, die Vorschläge des Deutschen und des Europäischen Gewerkschaftsbundes für einen »Marshallplan für Europa« – ein saudummer Name –, das »Manifest von Athen« des Alternativgipfels vom Juni 2013.

Die Partei der Europäischen Linken (EL) hat ein Programm für eine „linke Alternative in Europa“ vorgelegt. Dieses Programm zielt auf eine „Neugründung der EU“ - d.h. „eine neue Definition ihrer Ziele, Politik und Struktur“. Das neubegründete Europa müsste auf einer demokratischen, solidarischen, ökologischen und friedlichen Basis entstehen und erfordert „Brüche“ mit der bisherigen Entwicklung, die die Veränderung der Kräfteverhältnisse in Europa voraussetzen.

Natürlich wird mit diesem Programm die Ursache der Krise nicht beseitigt und der Kapitalismus nicht überwunden, aber es gibt ausreichend Ansatzpunkte für einen Politikwechsel in Richtung eines sozialen Europas.

Aber das Hauptproblem ist nicht das Programm selbst; es ist die Kraft, die es endlich in Gang setzen könnte. Das erfordert die Zusammenarbeit von vielen gesellschaftlichen Kräften, die heute noch zum größten Teil versprengt und voneinander isoliert agieren.

Die entscheidende Frage heute ist, ob die sozialen Bewegungen und die linken Kräfte in der Lage sein werden, ihre historischen Abgrenzungen und eigenen Begrenzungen zu überwinden, und eine gemeinsame europäische Front gegen die Austeritätspolitik und für ein solidarisches Europa aufzubauen.

Die Wahlen zum Europäischen Parlament im Mai 2013 werden eine Gelegenheit dafür bieten.

Oder wie Brecht es so schön im "Lob der Dialektik" schreibt:

"Wenn die Herrschenden gesprochen haben, werden die Beherrschten sprechen."

Um gehört zu werden, dürfen sie sich nicht hinter ihre nationalen Grenzen zurückziehen, sondern sie müssen sich miteinander verbinden. Das ist schwierig aber machbar.